

Beschlussvorlage für Ausschüsse



Landeshauptstadt
Mainz

öffentlich		Drucksache Nr. 1497/2025
Amt/Aktenzeichen 61/68	Datum 25.09.2025	TOP

Beratungsfolge Gremium	Zuständigkeit	Datum	Status
Ortsbeirat Mainz-Finthen	Kenntnisnahme	25.11.2025	Ö

Betreff:

Sachstandsbericht zu Antrag Nr. 1736/2024, SPD, Grüne, CDU, ÖPD, AfD Ortsbeirat Mainz-Finthen
hier: Prüfantrag zur Umsetzung des Konzeptes der Freien Waldorfschule

Mainz, 14.11.2025

gez. Steinkrüger

Janina Steinkrüger
Beigeordnete

Beschlussvorschlag:

Der **Ortsbeirat Mainz-Finthen** nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

Sachverhalt:

Zunächst möchte sich die Verwaltung herzlich für die eingereichten Überlegungen und Ideen bedanken und begrüßt das Engagement, um die Schulwegsicherheit und Erreichbarkeit der Freien Waldorfschule Mainz-Finthen zu verbessern.

Viele der Ideen sind durchaus nachvollziehbar und erscheinen im Grundsatz sinnvoll, erfordern aber zum Teil erheblichen Umbauaufwand bzw. liegen außerhalb der Zuständigkeit der Verkehrsverwaltung. Nach Prüfung schlägt die Verwaltung vor, die Maßnahmen bezüglich Machbarkeit und zeitlicher Umsetzungsfähigkeit zu sortieren. Im Folgenden möchten wir gerne auf die einzelnen Punkte eingehen:

1. Verbreiterung des Eingangstores um 1,50 Meter

Die Maßnahme betrifft ausschließlich das Schulgelände und liegt damit in der Zuständigkeit der Schule selbst. Seitens der Verkehrsverwaltung bestehen keine Einwände. Gerne kann dies bei der Erweiterung der Ganztagschule berücksichtigt werden.

2. Markierung zusätzlicher Querungshilfen mit Verkehrszeichen

Am Standort ist bereits ein Fußgängerüberweg (FGÜ- „Zebrastreifen“) vorhanden, der als gesicherte Querungsstelle dient. Die Beobachtungen der Verkehrsverwaltung zeigen, dass der Merkurweg insgesamt nicht stark frequentiert gequert wird. Es lässt sich aus dem Verkehrsaufkommen kein akuter Handlungsbedarf für zusätzliche Maßnahmen ableiten. Jedoch fiel auf, dass durch haltende Elterntaxis direkt vor dem vorhandenen FGÜ, die Sichtbeziehung eingeschränkt wird.

3. Aufpflasterung im Merkurweg zur besseren Orientierung für alle Verkehrsteilnehmenden

Bauliche Veränderungen wie Aufpflasterungen oder neue Gehwege sind aus Sicht der Verwaltung nur im Zuge umfassender und bereits geplanter Umbaumaßnahmen sinnvoll. Eine isolierte Umsetzung einzelner Elemente würde nicht die gewünschte Wirkung entfalten und sollte daher nur im Rahmen eines gebündelten verkehrsberuhigten Gesamtkonzepts in Betracht gezogen werden. Entsprechende Planungen sind eher längerfristig zu sehen, da sie unter dem Vorbehalt der Finanzierungsmöglichkeiten stehen.

4. Zweiter Zugang zur Schule durch ein neues Tor als Verbindung zur Straßenbahn

Auch diese Maßnahme fällt in den Verantwortungsbereich der Schule. Eine bauliche Umsetzung auf städtischer Seite kann daher nicht veranlasst werden. Aus Sicht der Verkehrsverwaltung ist es verkehrlich zu begrüßen. Die Schule muss jedoch damit rechnen, dass Lehrstellplätze wegfallen, um einen sicheren Fußweg anzubieten.

5. Verlegung und Neuordnung der Kiss & Ride-Zone sowie Verbreiterung des Gehwegs

Grundsätzlich teilt die Verwaltung das Anliegen, sichere Bring- und Abholsituationen zu schaffen. Durchgeführte Beobachtungen zeigen jedoch, dass die bestehende Zone zweckmäßig gelegen ist und regelmäßig genutzt wird. Positiv hervorzuheben ist, dass Kinder von dort aus keine Straße überqueren müssen, sondern den Schulweg sicher zu Fuß beenden können. Eine Verlegung oder bauliche Anpassung wird daher aktuell nicht als notwendig erachtet. Größere bauliche Änderungen – wie eine Gehwegverbreiterung – können ebenfalls nur im Rahmen übergeordneter Planungen erfolgen.

6. Radverkehrsanbindung

Die Schule ist im städtischen Radverkehrsnetz integriert, unter anderem über die sogenannte „Hiwwel-Route“. In Tempo-30-Zonen werden derzeit zusätzliche Sicherungsmaßnahmen und

Markierungen verwaltungsintern geprüft, sodass hier bereits Überlegungen zur weiteren Optimierung bestehen.

7. Einführung eines Rufbusbetriebs

Ein echter Rufbusbetrieb ist aufgrund der weiten und diversen Einzugsgebiete organisatorisch sehr schwer umsetzbar. Neben personellen und finanziellen Hürden steht auch die Frage der tatsächlichen Auslastung im Raum. Die Verwaltung sieht aktuell keine realistische Möglichkeit zur Umsetzung.

8. Neue Bushaltestelle in der Waldthausenstraße

Die Einrichtung einer weiteren Haltestelle in der vorgeschlagenen Lage würde den Verkehrsfluss negativ beeinflussen und könnte potenziell sogar ein Sicherheitsrisiko darstellen. Darüber hinaus wäre eine barrierefreie Ausgestaltung erforderlich, die mit nicht unerheblichen Kosten verbunden ist. Eine Verlagerung der Haltestelle würde auch den Einzugsradius verändern und somit für manche Personen längere Wege bedeuten.

Kurzfristig empfiehlt die Verwaltung folgende Maßnahme zur Umsetzung:

Um die Sichtbeziehungen am Fußgängerüberweg zu verbessern, wird empfohlen, entweder die Position der meinRad-Station zu überdenken oder alternativ Poller aufzustellen. Hintergrund ist, dass Eltern ihre Kinder teilweise direkt auf der Sperrfläche vor dem FGÜ absetzen, was die Sicht einschränkt und somit ein potenzielles Sicherheitsrisiko darstellt.

Weiterhin empfiehlt die Verwaltung zu prüfen, ob mit der Markierung von "Gelbe Füßen" der Schüler:innen und Eltern, ein möglichst sicherer Schulweg verdeutlicht werden kann. Dabei werden leuchtend gelbe Fußabdrücke auf dem Gehweg aufgebracht, die den Schüler:innen Orientierung geben und auf gut geeignete Wege hinweisen. Die Schablonen und die benötigte Farbe werden von der Verwaltung zur Verfügung gestellt. Empfehlungen für Standorte stimmt die Verwaltung gerne mit den Eltern und der Schulleitung ab.